

Sehr geehrte Patientinnen und Patienten!

Wir schreiben das Jahr 2013. Trotzdem befindet sich Österreich in der „ZahnSteinzeit“. Was ist damit gemeint?



Der in Österreich gültige Vertrag zwischen den Krankenkassen und den Zahnärzten stammt in seinen Grundzügen aus dem Jahr 1957 und wurde seither nur in Randbereichen modernisiert.

Das bedeutet: Die österreichische Gesundheitspolitik mutet Patientinnen und Patienten, die eine von den Krankenkassen bezahlte Zahnbehandlung wünschen, eine zahnmedizinische Versorgung auf einem wissenschaftlichen Niveau zu, das aus einer Zeit stammt, als die meisten von uns noch gar nicht geboren waren. Gleichzeitig schlagen Experten Alarm über den schlechten Zahngesundheitszustand der Österreicher, insbesondere der Kinder. Ist es ein Wunder? Es gibt kein anderes medizinisches Fachgebiet, das von der Gesundheitspolitik so lange vernachlässigt wurde.

Die österreichische Zahnärzteschaft ist der Meinung, dass diese zahnmedizinische Gesundheitspolitik Ihnen, den Patientinnen und Patienten, nicht mehr länger zumutbar ist. Wir wollen Sie mit diesem Informationsblatt daher über konkrete Missstände informieren, damit Sie sich – rechtzeitig vor der Nationalratswahl im Herbst 2013 – ein Bild machen können.

Wir niedergelassenen Zahnärztinnen und Zahnärzte wollen Sie auch weiterhin auf dem neuesten Stand der Wissenschaft, kompetent und vor Ort behandeln dürfen – und das auch „auf Krankenschein“.

Ihr

OMR DDr. Hannes Westermayer
Präsident der Österreichischen Zahnärztekammer

Die österreichische Gesundheitspolitik ist uns einiges schuldig:

soziale Gerechtigkeit – nachhaltige Vorsorgemedizin – flächendeckende Versorgung auf dem wissenschaftlichen Stand von heute.

Zeit, dass sich das ändert!



Ihre niedergelassenen Zahnärztinnen und Zahnärzte:

modern, kompetent und immer in Ihrer Nähe.

Mit einem Kassenvertrag aus dem Jahr 1957:
Österreich in der ZahnSteinzeit

Zeit, dass sich das ändert!



Zahnuntersuchungen sind auch nach Jahrzehnten noch immer nicht Bestandteil des Mutter-Kind-Passes.

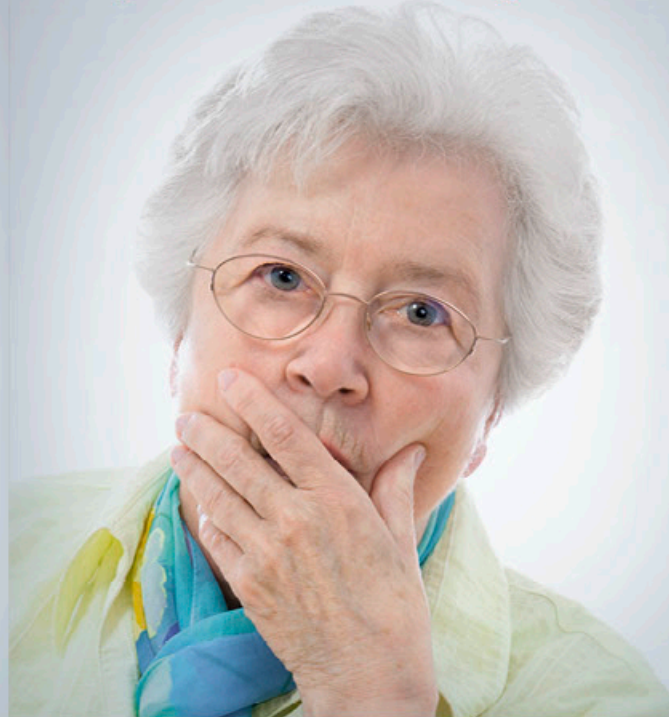


Werdende und junge Mütter sowie deren Kinder verdienen unseren besonderen Schutz. Das ist die gute Idee des bewährten Mutter-Kind-Passes. Seit 1974 gibt es ihn nun bereits und seit damals kämpft die österreichische Zahnärzteschaft darum, auch die zahnärztliche Untersuchung von Müttern und Kleinkindern einzuschließen. Die österreichische Gesundheitspolitik hat alle diesbezüglichen Aufforderungen über Jahrzehnte hinweg bis heute ignoriert.

Zeit, dass sich das ändert!

Wir fordern die Aufnahme der zahnärztlichen Untersuchung in den Mutter-Kind-Pass. Nur so erhalten werdende und junge Mütter Informationen über die notwendige Pflege der Zähne von Säuglingen und Kleinkindern, womit Folgeschäden vermieden werden können.

Den sozial Schwächsten wird von der Krankenkasse nach wie vor bis zu 50 % Selbstbehalt aufgebürdet.



Sie müssen nur 20 % Selbstbehalt für die Neuherstellung oder die Reparatur Ihres abnehmbaren Zahnersatzes bezahlen? Glück gehabt! Der Kassenvertrag sieht je nach Krankenkasse unterschiedliche Selbstbehalte vor. Gerade einkommensschwache Personengruppen müssen nicht selten für bis zu 50 % der Kosten selbst aufkommen. Auch bei einer Zahnregulierung für Kinder entstehen hohe Kosten für die Eltern. Können sich diese das nicht leisten, sind entsprechende Folgeschäden unvermeidlich.

Zeit, dass sich das ändert!

Wir fordern die komplette Abschaffung aller Selbstbehalte auf Kassenleistungen im Bereich der gesamten Zahnheilkunde für alle Patientinnen und Patienten. Nur so können wir soziale Ungerechtigkeiten und dadurch entstehende schwere Folgeschäden vermeiden.

Die Gesundheitspolitik in Österreich gefährdet die flächendeckende kassenzahnärztliche Versorgung.



Die Gesundheitspolitik in Österreich zielt derzeit darauf ab, die Kassenordination der Zahnärztin/des Zahnarztes Ihres Vertrauens nach deren/dessen Pensionierung stillzulegen und durch ein neu zu schaffendes System von unpersönlichen Ambulatorien in den Ballungsräumen zu ersetzen. Damit wird die Anzahl der Ordinationen insbesondere im ländlichen Bereich gezielt systematisch verringert und die flächendeckende und vor allem wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung gefährdet. Das gilt ganz besonders auch für Nacht- und Wochenenddienste, denn neue Kassenambulatorien entstehen erst recht wieder nur in Städten und haben nur eingeschränkte Öffnungszeiten.

Zeit, dass sich das ändert!

Wir fordern die Aufrechterhaltung und Stärkung der flächendeckenden Versorgung Österreichs durch niedergelassene Zahnärztinnen und Zahnärzte mit Kassenvertrag. Nur so können wir die Zahngesundheit aller Österreicherinnen und Österreicher nachhaltig sicherstellen und Notfälle rasch behandeln.